

II-8408 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
 DER BUNDESMINISTER FÜR  
 ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR  
 DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2  
 Tel. (0222) 711 62-9100  
 Teletex (232) 3221155  
 Telex 61 3221155  
 Telefax (0222) 73 78 76  
 DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 5905/23-4-89

3902/AB

1989-08-04

zu 3982/1J

## ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.  
 Haigermoser und Genossen vom 15. Juni 1989,  
 Nr. 3982/J-NR/1989, "Ausbaupläne der Bahn im  
 Gasteinertal"

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu Frage 1:

"Sind Sie bereit, vor Festlegung der Ausbaupläne für die Bahn im Gasteinertal mit der betroffenen Bevölkerung bzw. deren gewählten Vertretern Verbindung aufzunehmen?"

Grundsätzlich werden alle Bauvorhaben, bevor sie dem Bundesministerium zur eisenbahnrechtlichen Genehmigung vorgelegt werden, mit den betroffenen Gemeindevertretern abgesprochen.

Zu Frage 2:

"Werden Sie den Wünschen der betroffenen Bevölkerung im Hinblick auf größtmögliche Schonung der Landschaft nachkommen?"

Da besonders im Gasteinertal die Platzverhältnisse sehr begrenzt sind, wird die neue Trasse des zweigleisigen Ausbaues größtenteils im Bereich der bestehenden Gleisanlagen zu liegen kommen. Bei größeren Linienverlegungen gelangen Tunnelvarianten zur Realisierung. Außerdem ist es selbstverständlich, daß die Anliegen des Naturschutzes so weit als möglich berücksichtigt werden.

- 2 -

Zu Frage 3:

"Werden Sie insbesondere im Gemeindegebiet Badgastein-Böckstein, einem besonders sensiblen Bereich, eine ehebaldige Information der Bevölkerung einleiten und wenn ja, bis wann?"

Im Bereich Bad Gastein - Böckstein haen bereits mehrere Gespräche mit den Gemeindevertreter stattgefunden, in welchen diese bereits über die Bauarbeiten der ÖBB informiert wurden. Auch mit den jeweils betroffenen Grundeigentümern wurde zum Teil bereits Kontakt aufgenommen, um einvernehmliche Lösungen für eine notwendige Grundabtretung an die ÖBB zu erzielen.

Wien, am 4. August 1989

Der Bundesminister

